

Entschließung

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten werden angesichts der vielerorts weiterhin anhaltenden groben Missachtung der Menschenrechte ersucht,

1. sich eingedenk des 20-jährigen Jahrestages des Falls des Eisernen Vorhangs fortgesetzt für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sowie für die Rechte von MenschenrechtsverteidigerInnen in allen Teilen der Welt einzusetzen;
2. die LeiterInnen der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland anzuhalten, in enger Koordination mit den EU-Partnern aktiv die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen zu verfolgen und diese in geeignet erscheinender Form zu unterstützen;
3. Maßnahmen der Menschenrechtsbildung als wirksames Instrument der Stärkung der Menschenrechtskultur und der Zivilgesellschaft zu unterstützen.